

Jetzt setzt Unterengstringen auf Partizipation

Der Gemeinderat lädt die Bevölkerung ein, sich zur Entwicklung des Dorfs zu äussern. Der Aufruf stösst auf positive Resonanz.

Lydia Lippuner

Die Gestaltung Unterengstringens geht in die nächste Runde. Der Gemeinderat lädt die Einwohner nun ein, sich zur Entwicklung der Gemeinde zu äussern und eigene Ideen einzubringen. «Dabei geht es besonders um die Frage, wo, warum und wie die Gemeinde wachsen soll», sagt Gemeindepräsident Simon Wirth (FDP). Denn dem Wachstum könne sich das Dorf, das sich zwei Kilometer vor der Stadtzürcher Grenze befindet, nicht verschliessen. Nun können die Einwohner mitbestimmen, wie man wachsen will. Dabei gehe es auch darum, dass die Gemeinde als Einkaufs-, Arbeits- und Wohnort attraktiv bleibe. Dazu solle ein Zentrum mit Gewerbe und Restaurant sowie eine zusätzliche Limmattbrücke entstehen.

Als Moderation für das Projekt engagierte die Gemeinde eine renommierte Firma. Das Unternehmen Ampio Partizipation realisierte bereits einige bekannte Projekte, unter anderem die Zentrumsentwicklung in Zürich Affoltern, die Nutzungsplanungsrevision der Stadt Baden und die Arealentwicklung Klybeckplus in Basel. «Ich nahm bereits an Workshops von Ampio teil. Dabei machte Michael Emmenegger, der das Unternehmen gründete, einen sehr kompetenten und überzeugenden Eindruck auf mich», sagt Wirth. Die Gemeinde lässt sich die professionelle Begleitung auch etwas kosten. Über den genauen Betrag sagt Wirth nur so viel: «Der Betrag ist im Rahmen



Wo soll Unterengstringen wie wachsen? Im Bild der Brunnen an der Kreuzung von Dorf- und Büelstrasse.

Bild: Sandra Ardizzone (6. Juli 2021)

unseres Budgets abgedeckt.»

Onlineumfrage sowie Workshops sind in Planung

Die Ergebnisse aus der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung sollen ins Unterengstringer Entwicklungskonzept einfließen. Dieses werde der Gemeinde als Grundlage für die 2025 anstehende Revision der Bau- und Zonenordnung dienen und schliesslich auch den kommunalen Richtplan prägen. «Das Ziel ist, ein gut abgestütztes Entwicklungskonzept auszuarbeiten, das die Bevölkerung mit-

trägt», sagt Wirth. Dazu sind eine Onlineumfrage, zwei Workshops, eine Ausstellung sowie eine Informationsveranstaltung zu den Erkenntnissen geplant.

Am 29. September hat der Gemeinderat an einer Informationsveranstaltung das Projekt «Entwicklungskonzept Unterengstringen» bereits vorgestellt, damals hatten die Einwohner viele Fragen, besonders zum geplanten Hochhaus an der Ecke von Zürcherstrasse und Widenbüelstrasse gingen die Wogen hoch. Daneben ging es auch um die Gestaltung der Zürcherstrasse

sowie um die Aufwertung der unteren Bergstrasse mit einem neuen Dorfplatz. Zudem stellte die Gemeinde die Vision einer neuen Brücke vor, die den Dorfteil Langwisen, der auf der Schlieremer Seite der Limmatt liegt, besser ans Dorf anzubinden soll. «Wir wollten damals eine Basis präsentieren. Dabei wurde klar, dass man nun Schritte mit der Bevölkerung machen muss», sagt Wirth.

Unterengstringen steht nicht alleine da mit seinem partizipativen Prozess, das Studio Dietikon oder die Pischte 52 in

Schlieren verfolgen ähnliche Ziele. Unterengstringen habe sich aber nicht von den anderen Gemeinden inspirieren lassen, sondern verfolge einen unabhängigen Weg. «Es ist besser, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen, als im stillen Kämmerlein zu planen», sagt Wirth. Er wird das Projekt jedoch nur in der Anfangsphase begleiten, da er am 27. März nicht mehr zu den Erneuerungswahlen antritt.

Die ersten Ergebnisse des Projekts sollen voraussichtlich noch dieses Jahr auf dem Tisch liegen. Man wolle das Projekt

«Es ist besser, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen, als im stillen Kämmerlein zu planen.»



Simon Wirth (FDP)
Gemeindepräsident
von Unterengstringen

aber sorgfältig angehen. «Wir nehmen uns die Zeit, die es braucht», sagt Wirth. Der Aufruf sei derweil schon auf positive Resonanz gestossen. «Es meldeten sich bereits Leute, die Teil der Kerngruppe werden wollen», sagt Wirth. Die Kerngruppe soll aus rund zwölf Personen bestehen und den Erneuerungsprozess begleiten. Dabei sei es wichtig, dass die Mitglieder dieser Gruppe das Dorf kennen, interessiert seien und gut kommunizieren können.

Stadtrat verweist beim Müll-Problem auf begrenzte Ressourcen

Olivia Boccali (Mitte) stört sich an Littering und illegalen Mülldeponien in Schlieren. Der Stadtrat bestätigt, dass das Problem grösser wurde.

Lukas Elser

Der Schlieremer Stadtrat würde gerne etwas gegen Littering tun. Doch bräuhete er dazu auch mehr Ressourcen. So könnte man die Antwort des Stadtrats auf einen Vorstoss von Parlamentarierin Olivia Boccali (Mitte) zusammenfassen.

Boccali hat im November eine Kleine Anfrage zum Thema illegale Abfallentsorgung eingereicht. Darin beanstandet sie, dass in Schlieren vermehrt ungebrauchte Gegenstände und Abfälle an den Strassenrand gestellt würden. Vom Stadtrat forderte sie einen Lösungsvorschlag für das Problem.

In der mittlerweile vorliegenden Antwort schreibt der Stadtrat: «Es bleibt abschliessend festzuhalten, dass es zwar Optionen gäbe, um noch mehr gegen Abfälle und Littering zu unternehmen, dazu aber ein deutlicher Ausbau an Stellen bei der Stadtpolizei und dem Bereich Werke, Versorgung und Anlagen notwendig wäre.»

Der Stadtrat schreibt, dass man an neuralgischen Plätzen die Polizeipatrouillen verstärkt habe. Er setzt Boccali aber auch



Viele, die ihr Sofa nicht mehr wollen, stellen es an den Strassenrand. Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn. Themenbild: Corinne Glanzmann

über die ihm zur Verfügung stehenden Mittel in Kenntnis: «Diese Tätigkeiten könnten ausgebaut werden. Dafür müssten jedoch bei der Stadtpolizei die personellen Ressourcen erhöht werden.»

«Ein unerfreuliches Thema»

Im Grundsatz gibt der Stadtrat Boccali recht: Unsachgemässe Entsorgungen hätten seit der Pandemie zugenommen und sie seien in Schlieren und den umliegenden Gemeinden «ein un-

erfreuliches Thema». Er gibt aber auch zu bedenken, dass das Problem auch eine Folge des Bevölkerungswachstums sei.

Der Stadtrat weist weiter darauf hin, dass man die Verursacher nur dann zur Kasse bitten kann, wenn auch ihre Namen bekannt seien. Wisse man nicht, von wem der Abfall stamme, suche man bei den abgestellten Gegenständen nach Hinweisen, die Rückschlüsse auf deren ursprünglichen Besitzer geben könnten. Anschliessend würden die Daten an die Polizei weiter-

«Für die Standortförderung ist eine abfallfreie Stadt wichtig.»

geleitet, damit eine Anzeige eingereicht werden könne.

Die Behörden seien allerdings nur dann zum Einschreiten befugt, wenn die Abfälle auf öffentlichem Grund deponiert worden seien. Stünden sie auf einem privaten Vorplatz, könnten Betroffene den Fall einzig der Polizei melden. Nur bei grösseren Überbauungen könne die Liegenschaftsverwaltung die Stadt ermächtigen, den Abfall einzusammeln. In diesem Fall würden die Kosten für die Entsorgung den Mietern in Rechnung gestellt.

Schliesslich zählt der Stadtrat auch noch auf, was er in der Vergangenheit bezüglich Littering bereits unternommen hat. Er hat beispielsweise einen Stadtmelder eingeführt und ausgebaut, Clean-up-Days durchgeführt oder Antilittering-Plakataktionen organisiert.

Massnahmen reichen nicht, findet Boccali

Parlamentarierin Boccali ist mit der Antwort des Stadtrats grundsätzlich zufrieden. «Der Stadtrat sieht die Problematik und den Handlungsbedarf in Sachen Littering.» Allerdings wer-

de aus seiner Antwort auch klar, dass die bisherigen Massnahmen nicht genügen. Sie wird deshalb mit den anderen Mitgliedern ihrer Partei besprechen, welche zusätzlichen Massnahmen gefordert werden könnten. Falls dafür zusätzliche Gelder gesprochen werden müssten, so nehme sie dies in Kauf: «Denn für die Standortförderung ist eine abfallfreie Stadt wichtig.»

Der Stadtrat hat in der jüngsten Vergangenheit bei Beanstandungen immer wieder darauf verwiesen, dass weitere Massnahmen zwar möglich seien, dafür aber mehr Ressourcen bereitgestellt werden müssten.

In jüngster Zeit hat der Stadtrat die Verwaltung in bestimmten Bereichen ausgebaut. Im Parlament wird er dafür immer wieder von Politikern wie Markus Weiersmüller (FDP) kritisiert. Auch bei der letzten Budgetdebatte waren die in den Augen der bürgerlichen Politiker zu hohen Ausgaben ein Thema. Um dem Stadtrat zu zwingen, den Gürtel enger zu schnallen, lehnte das Parlament dann die beantragte Steuerfusserhöhung von 111 auf 116 Prozent ab.



Olivia Boccali (Mitte)
Parlamentarierin von Schlieren